

**Niemanden zurücklassen – Diskriminierung schadet der Gesundheit****Presse-Info**

Düsseldorf, 2. September 2014 (Sperrfrist: 11.00 Uhr) – Die Diskriminierung von Menschen mit HIV und der am stärksten von HIV betroffenen Gruppen ist das größte Hindernis der Prävention und Gesundheitsförderung. Darauf machte die Aidshilfe NRW heute anlässlich ihrer Jahrespressekonferenz in Düsseldorf aufmerksam. „Akzeptanz und Gleichbehandlung sind für eine effektive HIV-Prävention und den Umgang mit HIV unverzichtbar“, erklärte Arne Kayser, Landesvorsitzender der Aidshilfe NRW. Das sei auch der Tenor der 20. Internationalen Aids-Konferenz in Melbourne im Juli gewesen. Aus diesem Anlass wies Kayser auf Stigmatisierung und Menschenrechtsverletzungen auch in NRW hin.

Menschen mit HIV würden immer noch Gesundheitsdienstleistungen verweigert, weil Ärztinnen und Ärzte befürchteten, sich mit HIV zu infizieren oder keine qualitativ angemessene Behandlung gewährleisten zu können. Immer noch meinen manche, eine Behandlung HIV-positiver Menschen erfordere einen höheren Hygieneaufwand, was sachlich absolut unsinnig ist. Ein weiterer Grund ist auch, dass die Behandlung dem Ruf der Einrichtung schaden könne. „Diese ablehnende Haltung ist ein Skandal! Wir müssen den irrationalen Ängsten mit mehr Information begegnen“, sagte Kayser. Das gelte auch im Bereich der Justiz: auch die Strafbarkeit der HIV-Übertragung in Deutschland stelle eine schwere Diskriminierung dar, die der Prävention letztlich schade.

Für Schwule und andere Männer, die Sex mit Männern haben, forderte Landesgeschäftsführer Patrik Maas die Ausweitung niedrigschwelliger Beratungs- und Testangebote zu HIV und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten. Gleichstellung und Akzeptanz für alle Nichtheheterosexuellen in Deutschland sei auch für die Prävention unerlässlich. „Wenn Prominenten in den Medien die Möglichkeit geboten wird, homophobe Stammtischparolen unwidersprochen zu äußern, schadet das der Prävention und Gesundheitsförderung“, erläuterte Maas.

Auch Drogen gebrauchende Menschen sehen sich in NRW mit Ausgrenzung und Diskriminierung konfrontiert. „Die Aidshilfen haben sich immer gegen die Kriminalisierung des Drogenkonsums ausgesprochen“, sagte Maas. „Diese Maßnahmen treiben nur in Illegalität und Verelendung, helfen aber nicht, gesund zu leben.“ In den Justizvollzugsanstalten erhalten Inhaftierte nicht die Präventionsangebote, die ihnen zustehen. „Menschen in Haft haben den gleichen Anspruch auf gesundheitliche Versorgung, wie Menschen in Freiheit. Die Strafe ist der Freiheitsentzug, nicht der Verlust von Gesundheit.“

Die Aidshilfe NRW fordert im Zusammenhang mit HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen die kostenfreie und anonyme Beratung, Untersuchung und Behandlung auch für die Menschen ohne geklärten Aufenthaltsstatus. „Ein Gesundheitssystem ist nur so gut, wie es auch von den Marginalisierten in der Gesellschaft gut erreicht werden kann“, erklärte Maas.

2013 wurden in NRW 716 neue HIV-Diagnosen gemeldet. Von den etwa 18 000 Menschen mit HIV in Nordrhein-Westfalen sind nach wie vor etwa 80 % Männer und 20 % Frauen. Die Mitgliedsorganisationen der Aidshilfe NRW erreichten im Jahr 2013 mit ihren Angeboten der Prävention, Beratung und Betreuung etwa 487 133 Menschen.

**Aidshilfe NRW e.V.**  
Lindenstraße 20 | 50674 Köln

**Dr. Guido Schlimbach**  
Pressesprecher

Fon 0221 925996-17  
Fax 0221 925996-9  
guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de  
nrw.aidshilfe.de



### Diskriminierung schadet Ihrer Gesundheit!

### Redetexte

Arne Kayser, Landesvorsitzender der Aidshilfe NRW, und  
Patrik Maas, Landesgeschäftsführer der Aidshilfe NRW

- Es gilt das gesprochene Wort -

#### Sehr geehrte Damen und Herren,

Diskriminierung schadet der Gesundheit! Die Aidshilfe NRW will darauf aufmerksam machen, dass Akzeptanz und Gleichbehandlung für eine effektive HIV-Prävention und den Umgang mit HIV unverzichtbar sind.

Um ein gesundes Leben mit HIV zu ermöglichen, darf niemand kriminalisiert oder diskriminiert werden. Niemand darf aufgrund des Geschlechts oder Alters, der Rasse oder ethnischen Zugehörigkeit diskriminiert werden. Weder aufgrund einer Behinderung, der religiösen oder spirituellen Überzeugung, noch wegen der Nationalität, der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität. Nicht wegen einer Tätigkeit in der Sexarbeit, einer Inhaftierung, des Konsums illegaler Drogen oder wegen der HIV-Infektion.

Im Juli fand im australischen Melbourne die 20. Internationale Aids-Konferenz statt. Sicher haben Sie davon durch die Berichterstattungen erfahren, nicht zuletzt durch den bislang ungeklärten Absturz der Malaysia-Airlines-Maschine in der Ost-Ukraine. Mindestens sechs der Passagiere waren auf dem Weg zur Konferenz nach Melbourne.

Vorrangiges Ziel der Welt-Aids-Konferenz in diesem Jahr war, die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung und den Kampf für die Menschenrechte zusammenzuführen, die wichtigsten Bedingungen für erfolgreiche Maßnahmen gegen HIV und Aids. Medikamente alleine sind bei weitem nicht ausreichend. Diskriminierung, Ausgrenzung und Stigmatisierung von Menschen mit HIV und den am stärksten von HIV betroffenen Gruppen verhindern eine wirkungsvolle Prävention. Zu diesen Gruppen gehören schwule Männer, Drogenkonsumierende, Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter, Menschen mit Migrationshintergrund sowie Menschen in Haft.

#### Stigmatisierung und Menschenrechtsverletzungen auch in NRW

Vielleicht fragen Sie sich jetzt, warum die Aidshilfe NRW das an dieser Stelle herausstellt. Haben wir in Deutschland, besonders hier in Nordrhein-Westfalen, nicht schon sehr viel erreicht? Finanziert das Land nicht ausreichend Strukturen und Maßnahmen, um die HIV-Prävention zu ermöglichen und auf einem hohen Niveau weiterzuentwickeln?

In der Tat realisieren die Aidshilfen unter dem Dach ihres Landesverbands in enger Partnerschaft mit dem Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter landesweit die Primärprävention zu HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen. Darüber hinaus wurde im Bereich der Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen sowie für die Akzeptanz von Menschen mit HIV in Deutschland viel erreicht. Auch wenn spektakuläre diskriminierende oder stigmatisierende Aktionen bei uns glücklicherweise nicht mehr an der Tagesordnung sind, es gibt sie noch. Auch kleine, nahezu unscheinbare regelmäßige Diskriminierungen, die tagtäglich vorkommen, können langfristig krank machen (vgl. Mikrotrauma).

**Aidshilfe NRW e.V.**  
Lindenstraße 20 | 50674 Köln

**Dr. Guido Schlimbach**  
Pressesprecher

**Fon** 0221 925996-17  
**Fax** 0221 925996-9  
guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de  
nrw.aidshilfe.de



### Redetexte

Aus diesem Grund ist es uns wichtig, Sie aus der Erfahrung unserer Arbeit über Stigmatisierungen und Menschenrechtsverletzungen in NRW hinzuweisen.

#### Menschen mit HIV

In Nordrhein-Westfalen leben zwischen 18.000 und 20.000 Menschen mit HIV, etwa 75 Prozent Männer, knapp ein Viertel Frauen. Ungefähr zwei Drittel von ihnen sind erwerbstätig. Der medizinische Fortschritt hat dazu geführt, dass Menschen mit HIV eine annähernd gleiche Lebenserwartung haben wie HIV-Negative. Ein positives Testergebnis sagt nichts über die Arbeitsfähigkeit und Belastbarkeit aus. Eine Ansteckungsgefahr im Alltag wie im Berufsleben besteht nicht.

Dennoch erfahren viele Menschen mit HIV, deren Infektion öffentlich wird, mangelndes Verständnis, fehlenden Rückhalt, Isolation und Ausgrenzung. Niemand ist verpflichtet, die HIV-Infektion offen zu legen, Abschlüsse von manchen Versicherungen einmal ausgenommen. Die Angst vor Diskriminierung, einem Karriereknick oder dem Jobverlust veranlasst viele zu schweigen. Unternehmen, in denen dagegen ein offener Umgang gelebt und dem Thema HIV mit Gelassenheit begegnet wird, erreichen häufig ein vertrauensvolles und angstfreies Miteinander im Betrieb. So verringert sich das Risiko für Stress bei der Arbeit und innerbetriebliche Konflikte.

Von einem solchen Klima der Akzeptanz sind wir aber auch in NRW noch weit entfernt. Inzwischen hat das Gesundheitsministerium die Empfehlung der Landeskommision AIDS zum Umgang mit Menschen mit HIV/Aids in der Arbeitswelt veröffentlicht. Die Aidshilfe NRW hat dazu eine Broschüre erstellt, die nun gezielt an Arbeitgeber, Kammern und Verbände verteilt wird. Auch mit kirchlichen Arbeitgebern werden wir Kontakt aufnehmen. Unser Ziel ist, durch gezielte Information und Vermittlung die Achtsamkeit für Menschen mit HIV im Arbeitsleben zu erhöhen und damit Diskriminierung und Stigmatisierung langfristig abzubauen. Darüber hinaus fordern und erwarten wir das Engagement von Politik und Gesellschaft, auch weniger leistungsfähigen Menschen die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Nach wie vor stellt die Strafbarkeit der HIV-Übertragung in Deutschland eine schwere Diskriminierung dar. Die Kriminalisierung der Übertragung von HIV sowie schon allein der Möglichkeit einer HIV-Übertragung hilft nicht, Infektionen zu verhindern. Sie schadet letztlich der HIV-Prävention. Das Strafrecht bürdet Menschen mit HIV die alleinige Verantwortung auf. Das widerspricht der wichtigsten Botschaft der Prävention, dass jeder für seinen und jede für ihren Schutz selbst die Verantwortung trägt. Wie jede Form der Diskriminierung macht die Strafbarkeit Angst und schreckt Menschen vom HIV-Test ab. Eine unentdeckte Infektion kann aber ihrer Gesundheit erheblichen Schaden zufügen.

Immer noch werden Menschen in Deutschland aufgrund ihrer HIV-Infektion Gesundheitsdienstleistungen verweigert (vgl. Positive Stimmen). Es kommt immer noch vor, dass sie in einer Arztpraxis zurückgewiesen werden. Fachärztinnen und Fachärzte, die nur selten HIV-Positive behandeln, reagieren oftmals verunsichert. Als Ablehnungsgründe werden häufig genannt: die Angst vor einer Übertragung der HIV-Infektion, die Angst, keine qualitativ angemessene Behandlung gewährleisten zu können oder sogar, dass die Behandlung von HIV-Positiven dem Ruf der Einrichtung schaden könne. Bei Zahnbehandlungen werden Menschen mit HIV häufig auf Termine nach den Sprechstunden geschoben, weil ein höherer Hygieneaufwand nötig sei, was sachlich absoluter Unsinn ist. Gesundheitsministerin

**Aidshilfe NRW e.V.**  
Lindenstraße 20 | 50674 Köln

**Dr. Guido Schlimbach**  
Pressesprecher

Fon 0221 925996-17  
Fax 0221 925996-9  
guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de  
nrw.aidshilfe.de



Barbara Steffens fand anlässlich einer Diskussion zu diesem Thema deutliche Worte: „Diese Zahnarztpraxen gehören eigentlich geschlossen!“ Dem kann ich mich nur anschließen! Unbegründeten, irrationalen Ängsten muss mit Information begegnet werden.

### Redetexte

#### Schwule Männer und MSM

In der Gleichstellungs- und Akzeptanzpolitik in Deutschland wurde in den zurückliegenden 20 Jahren sehr viel erreicht. Dennoch steht die rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften noch aus. Und immer noch erfahren lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und andere von der heterosexuellen Norm abweichende Menschen Häme und Spott, Ausgrenzung und Diskriminierung.

So lange sich Politik und Gesellschaft nicht eindeutig hinter die Antidiskriminierung und Akzeptanz dieser Menschen stellen, so lange Prominenten in den deutschen Medien Gelegenheit geboten wird, ihre homophoben Stammtischparolen unwidersprochen zu äußern, werden sich auch bei uns Menschen, insbesondere jugendliche, die nicht heterosexuell veranlagt sind, als Menschen 2. Klasse empfinden. Das Suizidrisiko Jugendlicher im Coming-Out unter 20 Jahren liegt nach wie vor weit über der Quote heterosexueller Gleichaltriger (vgl. Literaturangaben im Anhang). Wie sollen die Aidshilfen in einem solchen Klima die Jugendlichen mit Präventions- und Gesundheitsbotschaften erreichen? Hier, verehrte Damen und Herren der Presse, bitten wir Sie um Ihre Unterstützung, wenn Sie über nicht-heterosexuelle Lebensweisen berichten. Hier können Sie zur Akzeptanz dieser Menschen beitragen.

Die Verbreitung sexuell übertragbarer Infektionen (STI) ist bei sexuell aktiven Menschen mit wechselnden Partnern höher als bei anderen. Selbstverständlich sind sie Adressaten unserer Prävention, sie bedürfen auch weiterer niedrigschwelliger Gesundheitsangebote. Nach wie vor werden ihnen oftmals bei ärztlichen Routinechecks Untersuchungen auf STI vorenthalten. Ähnlich wie die regelmäßige Impfung gegen Hepatitis B für Menschen mit wechselnden Sexualpartnern gehören regelmäßige STI-Checks in die gesetzliche Regelfinanzierung. Darüber hinaus steht das Land in der Pflicht, mehr niedrigschwellige Beratungs- und Testangebote zu ermöglichen, wie sie zurzeit in Bielefeld, Bochum, Essen, Dortmund, Köln und einigen anderen Städten angeboten werden.

#### Menschen in der Sexarbeit

Über die Situation von Callboys, Strichern und ihrer Freier haben wir Sie an dieser Stelle vor einem Jahr ausführlich informiert. Männer, die sich für Sex bezahlen lassen, sind definitiv eine marginalisierte Zielgruppe, die nur schwer erreichbar ist. Nach wie vor brauchen wir eine weitaus bessere Datenlage. Wir müssen wissen, woher die Stricher kommen und warum sie hier in Deutschland sind, falls sie nicht hier geboren wurden. Wir brauchen mehr Informationen über ihren Bildungsgrad, ihren kulturellen Hintergrund und ihre Motivation, um adäquate Gesundheits- und Präventionsangebote machen zu können, die die Sexarbeiter dann auch erreichen.

#### Drogen gebrauchende Menschen

Auch Drogen konsumierende Menschen gehören zu den gern an den Rand der Gesellschaft gedrängten Gruppen. Viele Kommunen rühmen sich, konsequent durchgegriffen und Junkies

**Aidshilfe NRW e.V.**  
Lindenstraße 20 | 50674 Köln

**Dr. Guido Schlimbach**  
Pressesprecher

Fon 0221 925996-17  
Fax 0221 925996-9  
guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de  
nrw.aidshilfe.de



von öffentlichen Plätzen vertrieben zu haben. Sicher kann man solche „stadthygienischen“ Maßnahmen aus verschiedenen Blickwinkeln sehen und müssen sozialverträgliche Lösungen gefunden werden. Allerdings verschwinden mit den Menschen ja nicht die Probleme, die sich um den Drogenkonsum ranken.

Die Aidshilfen haben sich von Anfang an gegen die Kriminalisierung des Drogenkonsums ausgesprochen, um die Menschen nicht in die Illegalität und Verelendung zu treiben, sondern ihnen stattdessen adäquate Hilfsangebote zu machen. Eine Legalisierung der Drogen würde den Zusammenbruch des illegalen Handels bewirken. Die Mittel, die jetzt noch in die Justiz fließen, könnten dann in wirkungsvolle Präventions- und Hilfsmaßnahmen investiert werden.

Wir müssen mit den Verantwortlichen in Bund, Land und Kommune gemeinsam Strategien für eine wirksame Drogenpolitik entwickeln bzw. bestehende weiterentwickeln. Auf diese Weise konnte beispielsweise unser Spritzenautomatenprojekt vor 25 Jahren gegen massiven Widerstand ins Leben gerufen werden. Mit über 100 Automaten ist es inzwischen etabliert und als effektives Mittel der Prävention nicht mehr wegzudenken.

### **Menschen in Haft**

Täglich werden in Nordrhein-Westfalen in den Justizvollzugsanstalten Menschenrechte verletzt. Nicht etwa durch Gefangene, sondern vom „System“. Prävention und Gesundheitsfürsorge sind Menschenrechte. Noch immer stehen den Inhaftierten in NRW nicht die Präventionsangebote (Information, Kondome, sterile Spritzen) zur Verfügung, die ihnen nach dem Äquivalenzprinzip zustehen. Das heißt, dass Menschen in Haft den gleichen Anspruch auf gesundheitliche Versorgung haben wie Menschen in Freiheit. Die Strafe ist der Freiheitsentzug, nicht der Verlust von Gesundheit.

Wir Aidshilfen finden uns nicht damit ab, dass Inhaftierten der freie Zugang zu Präventionsmitteln versagt wird. Auch die Übergangsversorgung im Bereich der Substitution muss gewährleistet sein.

Dem Vollzugspersonal muss regelmäßig Basiswissen zum Leben mit HIV, Hepatitis und anderen STI vermittelt werden. Hierzu gehört auch, dass die HIV-Infektion eines Inhaftierten keinesfalls offengelegt werden muss.

### **„Menschen ohne Papiere“**

Ein Gesundheitssystem ist nur so gut, wie es auch von den Marginalisierten in der Gesellschaft gut erreicht werden kann. Das trifft in zahlreichen Fällen für die Menschen in Deutschland ohne geklärten Aufenthaltsstatus und Nicht-Sesshafte nicht zu. Ein freier Zugang zu Gesundheitsangeboten ist ihnen nicht ohne weiteres möglich.

Um dies herbeizuführen, fordern wir keine neuen Maßnahmen. Sind doch im § 19 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) die Aufgaben des Gesundheitsamtes in besonderen Fällen eindeutig geklärt. Demnach müssen die Gesundheitsämter bezüglich sexuell übertragbarer Krankheiten Beratung und Untersuchung anbieten oder diese in Zusammenarbeit mit anderen medizinischen Einrichtungen sicherstellen. Diese Angebote können bezüglich sexuell übertragbarer Krankheiten anonym in Anspruch genommen werden. Besteht keine Krankenversicherung und können die Kosten nicht selbst getragen werden, müssen Untersuchung

### **Redetexte**

**Aidshilfe NRW e.V.**  
Lindenstraße 20 | 50674 Köln

**Dr. Guido Schlimbach**  
Pressesprecher

Fon 0221 925996-17  
Fax 0221 925996-9  
guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de  
nrw.aidshilfe.de



oder Behandlung aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Soweit die Gesetzeslage, die leider immer noch nicht in allen Kommunen zur Anwendung kommt. Um Kosten zu sparen oder weil der politische Wille fehlt, werden hierdurch Menschenrechte vorenthalten. Wenn andere Möglichkeiten nicht greifen, müssen Beratung, Untersuchung und Behandlung anonym und kostenlos für alle Menschen zur Verfügung stehen.

### Redetexte

#### „Niemanden zurücklassen“

Kein Satz wurde auf der Internationalen Aids-Konferenz in Melbourne häufiger zitiert als „Nobody left behind“. Dies war auch die Überschrift der Melbourne-Erklärung gegen Diskriminierung von Menschen mit HIV und den am stärksten betroffenen Gruppen. Die Fachwelt ist sich einig: Diskriminierung von Menschen mit HIV und den am stärksten von HIV betroffenen Gruppen ist das größte Hindernis der Prävention und Gesundheitsförderung.

Diese Botschaft bekräftigen wir hier an dieser Stelle und fordern alle Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft auf, der Diskriminierung und Strafverfolgung ein Ende zu machen. Alle Bürgerinnen und Bürger von Nordrhein-Westfalen fordern wir auf, sich über HIV zu informieren und niemanden auszugrenzen, der mit der Infektion lebt oder ein Infektionsrisiko hat. So fördern wir Gesundheit und dämmen weitere Erkrankungen ein. Lassen wir also niemanden zurück!

**Aidshilfe NRW e.V.**  
Lindenstraße 20 | 50674 Köln

**Dr. Guido Schlimbach**  
Pressesprecher

Fon 0221 925996-17  
Fax 0221 925996-9  
guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de  
nrw.aidshilfe.de



*„Auch kleinere, nahezu unscheinbare regelmäßige Diskriminierungen, die tagtäglich vorkommen, können langfristig krank machen.“*

### Weitere Informationen

Vgl. Mikrotrauma. Ein Mikrotrauma ist eine geringfügige, unterschwellige Verletzung (Trauma), die durch äußere oder innere Schadenseinwirkung entsteht. Die pathologische Bedeutung von Mikrotraumen liegt in ihrer gewebschädigenden Wirkung bei wiederholtem Auftreten. Rezidivierende Mikrotraumen können - wenn sie über einen ausreichend langen Zeitraum auf Gewebestrukturen einwirken - klinisch relevante Veränderungen auslösen, ohne dass vorher Warnsignale (z.B. Schmerzen) aufgetreten sind.

<http://flexikon.doccheck.com/de/Mikrotrauma>

*„Immer noch werden Menschen in Deutschland aufgrund ihrer HIV-Infektion Gesundheitsdienste verweigert.“*

Vgl. Deutsche AIDS-Hilfe, Positive Stimmen verschaffen sich Gehör. Die Umsetzung des PLHIV Index in Deutschland, Berlin 32013.

<http://www.aidshilfe.de/sites/default/files/posistimm-2013-internet.pdf>

*„Das Suizidrisiko Jugendlicher im Coming-Out unter 20 Jahren liegt nach wie vor weit über der Quote heterosexueller Gleichaltriger.“*

Vgl. Claudia Krell, Lebenssituationen und Diskriminierungserfahrungen von homosexuellen Jugendlichen in Deutschland. Abschlussbericht der Pilotstudie, Deutsches Jugendinstitut, München 2013.

[http://www.dji.de/fileadmin/user\\_upload/lebenssituationen\\_lgbt/Abschlussbericht\\_Pilotstudie\\_Lebenssituationen\\_und\\_Diskriminierungserfahrungen\\_von\\_homosexuellen\\_Jugendlichen\\_in\\_Deutschland.pdf](http://www.dji.de/fileadmin/user_upload/lebenssituationen_lgbt/Abschlussbericht_Pilotstudie_Lebenssituationen_und_Diskriminierungserfahrungen_von_homosexuellen_Jugendlichen_in_Deutschland.pdf)

Vgl. Mark L. Hatzenbuehler, The Social Environment and Suicide Attempts in Lesbian, Gay, and Bisexual Youth, in: Pediatrics 127 (2011), 896-903.

<http://pediatrics.aappublications.org/content/127/5/896.full.pdf>

**Aidshilfe NRW e.V.**  
Lindenstraße 20 | 50674 Köln

**Dr. Guido Schlimbach**  
Pressesprecher

Fon 0221 925996-17  
Fax 0221 925996-9  
[guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de](mailto:guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de)  
[nrw.aidshilfe.de](http://nrw.aidshilfe.de)



### Welt-AIDS-Konferenz 2014 - Melbourne-Erklärung - Niemanden zurücklassen

### Weitere Informationen

*„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“*

*Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948*

Zur 20. Welt-Aids-Konferenz 2014 kommen wir in Melbourne zusammen, dem traditionellen Versammlungsort der Wurundjeri, Boonerwung, Taungurong, Djajawurrung und der Wathaurung, die ursprünglich und auch heute noch die Hüter dieses Gebietes sind und die Kulin-Nation bilden. Wir versammeln uns hier, um über die Fortschritte des weltweiten Umgangs mit HIV und seine zukünftige Richtung zu beraten.

Wir, die Unterzeichner und Unterstützer dieser Erklärung, bekräftigen, dass Gleichbehandlung für einen Umgang mit HIV, der auf Erkenntnissen und Rechten beruht und auf Geschlechtergleichheit zielt, wie auch für wirksame Programme der öffentlichen Gesundheit unverzichtbar ist.

Um HIV zu besiegen und für alle gleichen Zugang zu HIV-Prävention, -Behandlung, -Versorgung und -Betreuung zu erreichen, sollte niemand aufgrund von Geschlecht, Alter, Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Behinderung, religiöser oder spiritueller Überzeugung, wegen des Herkunftslandes, des nationalen Status, der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität, aufgrund der Eigenschaft als Sexarbeiter, Häftling oder Strafgefangener, wegen aktuellen oder ehemaligen Konsums illegaler Drogen oder wegen einer HIV-Infektion kriminalisiert oder diskriminiert werden.

Wir bekräftigen, dass alle Frauen, Männer, Transgender sowie intersexuelle Erwachsene und Kinder Anspruch auf gleiche Rechte und auf gleichen Zugang zu Informationen und Angeboten der HIV-Prävention, -Versorgung und -Behandlung haben. Die Förderung der Geschlechtergleichheit ist entscheidend für einen Umgang mit HIV, der den Bedürfnissen der am stärksten Betroffenen tatsächlich entspricht. Ebenso stehen Menschen, die Sex für Geld anbieten oder angeboten haben oder die verbotene Drogen konsumieren oder ehemals konsumierten, die gleichen Rechte zu wie allen anderen, einschließlich Gleichbehandlung und Vertraulichkeit beim Zugang zur HIV-Versorgung und zu Behandlungsangeboten.

Wir alle sind zutiefst besorgt wegen der fortdauernden Durchsetzung diskriminierender, stigmatisierender, kriminalisierender und schädigender Gesetze, die zu einer Politik und zu Praktiken führen, die die HIV-Vulnerabilität erhöhen. Diese Gesetze, Vorschriften und Praktiken stacheln zu extremer Gewalt gegenüber marginalisierten Gruppen an, festigen Stigmen und untergraben HIV-Programme. Sie bedeuten damit erhebliche Rückschritte für soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, die Menschenrechte sowie den Zugang zu medizinischer Versorgung für die mit HIV lebenden und die am stärksten vom Virus bedrohten Menschen.

In mehr als 80 Ländern gelten untragbare Gesetze, die Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung kriminalisieren. Allen Menschen, einschließlich Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen, stehen dieselben Rechte zu. Alle Menschen sind frei und gleich geboren und sind gleichwertige Mitglieder der Menschheitsfamilie.

Wenn Gesundheitsdienstleister mit HIV lebende Menschen oder von HIV oder anderen Gesundheitsgefahren bedrohte Gruppen diskriminieren, verletzen sie ihre ethische Pflicht, Menschen vorurteilsfrei zu versorgen und zu behandeln.

**Aidshilfe NRW e.V.**  
Lindenstraße 20 | 50674 Köln

**Dr. Guido Schlimbach**  
Pressesprecher

Fon 0221 925996-17  
Fax 0221 925996-9  
guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de  
nrw.aidshilfe.de





Aus diesem Grund rufen wir zum sofortigen und vereinten Widerstand gegen diese diskriminierenden und stigmatisierenden Praktiken auf und fordern von alle Beteiligten eine gerechtere und wirksamere Herangehensweise mithilfe folgender Aktionen:

- Regierungen müssen repressive Gesetze abschaffen und politische Maßnahmen einstellen, die diskriminierende und stigmatisierende Praktiken verstärken und so die HIV-Vulnerabilität erhöhen. Zugleich müssen sie Gesetze einführen, die die Gleichbehandlung aktiv fördern.
- Entscheidungsträger dürfen internationale Gesundheitskonferenzen oder -kongresse nicht dazu nutzen, für diskriminierende Gesetze und Praktiken zu werben, die der Gesundheit und dem Wohlergehen schaden.
- Organisationen, die Intoleranz und Diskriminierung einschließlich Sexismus, Homophobie und Transphobie gegen Einzelne oder Gruppen befördern, dürfen keine Gelder für HIV-Programme erhalten.
- Alle Gesundheitsdienstleister müssen nachweisen, dass sie Strategien der Gleichbehandlung umsetzen, um weitere Gelder für HIV-Programme zu erhalten.
- Finanzierungsbeschränkungen wie die Anti-Prostitutions-Verpflichtung [[http://en.wikipedia.org/wiki/Anti-prostitution\\_pledge](http://en.wikipedia.org/wiki/Anti-prostitution_pledge)] und das Verbot des Erwerbs von Nadeln und Spritzen müssen aufgehoben werden, weil sie die Bemühungen zur Eindämmung von HIV, sexuell übertragbaren Infektionen und Hepatitis C bei Sexarbeitern und Drogenkonsumenten behindern.
- Alle Unterzeichner dieser Erklärung müssen für Einbeziehung, Nichtkriminalisierung, Gleichbehandlung und Toleranz eintreten.

Abschließend bekräftigen wir noch einmal unseren unermüdlichen Einsatz für Gerechtigkeit, gleichen Zugang für alle zu medizinischer Versorgung und Behandlung und für die Unterstützung der angeborenen Würde und Rechte aller Menschen. Alle Menschen haben ein Anrecht auf die in internationalen Rahmenvereinbarungen gewährten Rechte und Schutzbestimmungen.

Wir können AIDS nur besiegen, wenn wir die Barrieren der Kriminalisierung, Stigmatisierung und Diskriminierung überwinden, die nach wie vor die entscheidenden Antriebskräfte der Epidemie darstellen.

Link zur englischen Originalfassung: <http://www.aids2014.org/declaration.aspx>

### Weitere Informationen

**Aidshilfe NRW e.V.**  
Lindenstraße 20 | 50674 Köln

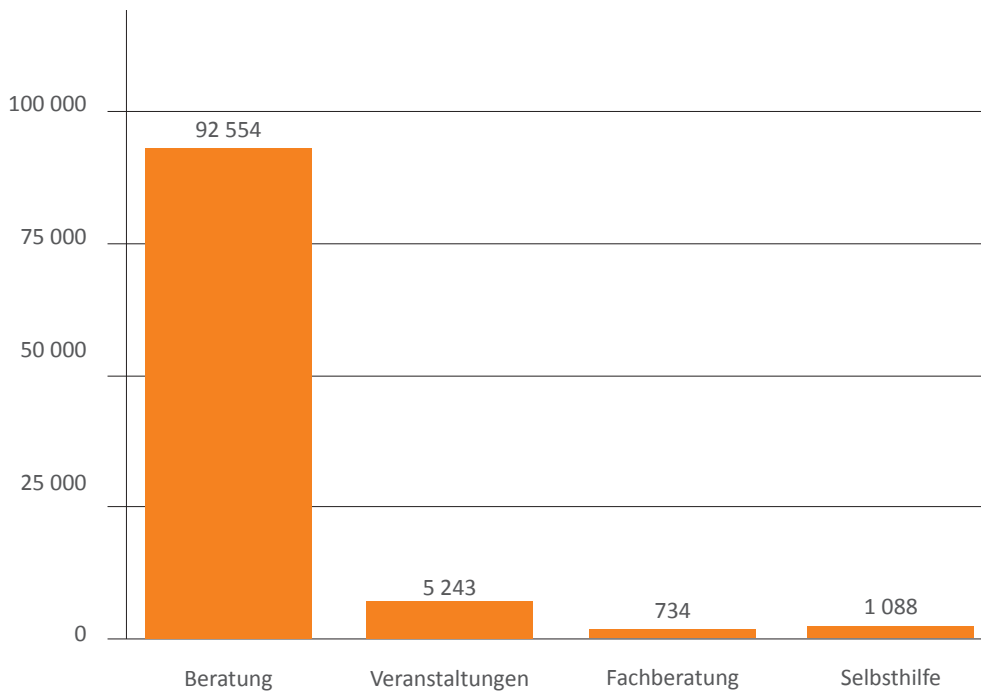
**Dr. Guido Schlimbach**  
Pressesprecher

Fon 0221 925996-17  
Fax 0221 925996-9  
[guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de](mailto:guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de)  
[nrw.aidshilfe.de](http://nrw.aidshilfe.de)

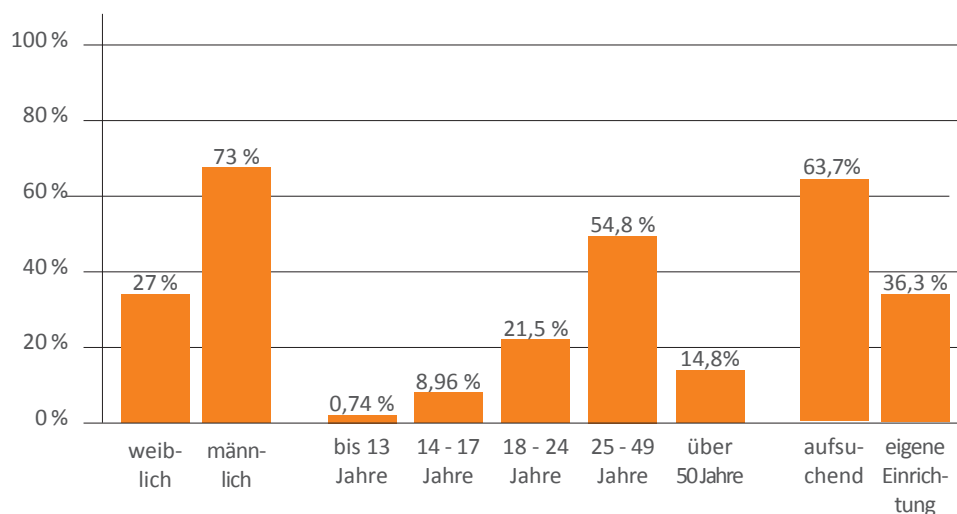


### Anzahl der Angebote

### Leistungsprofil der Aidshilfen in NRW



### erreichte Personen bei Beratungen und Veranstaltungen



Aidshilfe NRW e.V.  
Lindenstraße 20 | 50674 Köln

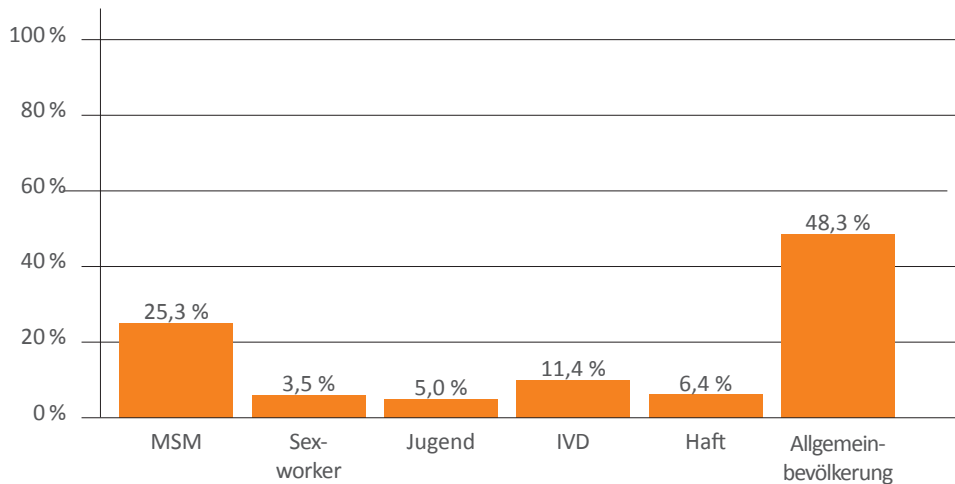
Dr. Guido Schlimbach  
Pressesprecher

Fon 0221 925996-17  
Fax 0221 925996-9  
guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de  
nrw.aidshilfe.de



### erreichte Zielgruppen bei Beratungen

### Leistungsprofil der Aidshilfen in NRW



### Arbeitszeitaufwendungen

#### ehrenamtlich tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

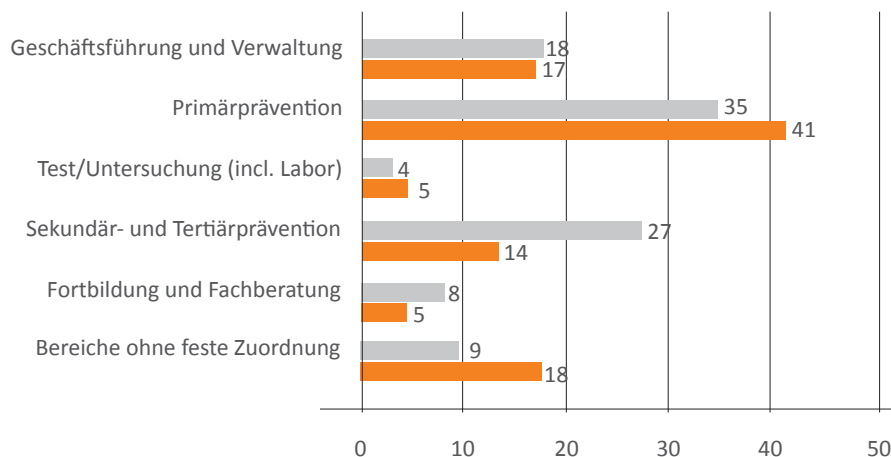
ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insgesamt	1 296,4
durchschnittlich pro Verein	30,2
ehrenamtlich geleistete Stunden	95 121,7
durchschnittlich pro Verein	2 212,3

#### hauptamtliche MitarbeiterInnen

Vollzeitäquivalente	205,9
---------------------	-------

### Arbeitsbereiche

- hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



**Aidshilfe NRW e.V.**  
Lindenstraße 20 | 50674 Köln

**Dr. Guido Schlimbach**  
Pressesprecher

Fon 0221 925996-17  
Fax 0221 925996-9  
guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de  
nrw.aidshilfe.de